

*Friedemann Bringt/Michael Nattke*

## **Mustergau Sachsen**

*»Moderne Nazis« im Freistaat  
und die besondere Problematik des ländlichen Raums*

### *Sächsische Spezialitäten*

Sachsen ist bei der Verankerung menschenfeindlicher und neonazistischer Subkultur und Organisationsformen das Modellprojekt der »modernen Nazis«<sup>1</sup> in der BRD. An beinahe allen Themenfronten steht Sachsen auf einem Spitzenplatz: Egal ob von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, neonazistischen Kameradschaften, Rechtsrock-Konzerten, neonazistischen Fanzines und Vertriebsstrukturen, Stützpunkten der Jungen Nationaldemokraten, Kommunalabgeordneten der NPD oder insgesamt organisierten Rechtsextremen absolut oder pro Kopf der Gesamtbevölkerung die Rede ist, Sachsen belegt den traurigen Spitzenplatz oder ist zumindest bei der »Siegerehrung« auf dem Treppchen der »besten Drei« bundesweit. Aus diesem Grund ist es sinnvoll herauszuarbeiten, wie dieser Erfolg der »modernen Nazis« und damit auch der NPD möglich wurde. Eine solche Analyse stellt die in Sachsen wirkenden Akteure der Arbeit für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit und Neonazismus vor eine Reihe von Fragen und praktischen Aufgaben: Was sind die Ursachen für den Erfolg der »modernen Nazis«? Was bedeutet die nachhaltige Verankerung menschenfeindlicher und neonazistischer Akteure in Sachsen auf kommunaler und jugendkultureller Ebene für die lokale und überregionale Projektarbeit auf demokratischer Basis? Hat die beinahe zehnjährige Arbeit von Initiativen für Demokratie und gegen »moderne Nazis«, wie sie seit den Bundesprogrammen Civitas, Entimon und Xenos ermöglicht und aufgebaut wurde, versagt oder gibt es Teilerfolge? Was bedarf es zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation?

### *Organisierter Rechtsextremismus in Sachsen*

Am augenfälligsten treten die »modernen Nazis« in Sachsen mit den wiederholten Wahlerfolgen der NPD in Erscheinung. Nach den diversen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen im »Superwahljahr 2009« sitzen für die NPD 73 Kom-

1 Den Begriff »Rechtsextremismus«, insofern er sich auf die Extremismustheorie bezieht, lehnen wir explizit ab. Die Stilisierung einer fiktiven politischen Mitte, die von ihren äußeren Rändern her bedroht wird, birgt verschiedene Gefahren in sich. Die VertreterInnen dieser normativen Demokratietheorie können zu einem Absolutheitsanspruch neigen, der zur Immunisierung gegen jedwede Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und zur Diskreditierung politischer Alternativmodelle beiträgt (vgl. hierzu auch unsere Ausführungen im Textkasten Extremismustheorie). In Anlehnung an Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Frankfurt 2005, soll deshalb nachfolgend von »modernen Nazis« die Rede sein.

munalabgeordnete in sächsischen Dörfern, Städten und 45 MandatsträgerInnen in sächsischen Kreistagen.<sup>2</sup> Der sächsischen NPD gelang mit 5,6 Prozent und absolut etwa 98 000 Stimmen – erstmals in der Geschichte der Partei überhaupt – ihr Wiedereinzug in ein Landesparlament. Trotz Halbierung der absoluten Stimmenzahl ist dies ein deutliches Signal gegen den bundesdeutschen Trend für die NPD. Analysen konnten zeigen, dass sich die Wahlerfolge der NPD aus einer starken Struktur von Hochburgen und Diaspora-Gebieten speisen, die sich über mehr als zehn Jahre vor allem im ländlichen Raum entwickelt haben. Verstärkend wirken sich vor allem ein ausgeprägter »Working Class Authoritarianism« und formal niedrigere Bildungsabschlüsse aus.<sup>3</sup> Unter den sächsischen Männern zwischen 18 und 35 Jahren erhält die NPD deutlich mehr als zehn Prozent der Stimmen.<sup>4</sup>

Bestand die NPD-Fraktion des Jahres 2004 noch aus einer Schar zusammengewürfelter Einzelakteure, die – von einem harten Kern vor allem westdeutscher NPD-Kader abgesehen – wenig inhaltliche Übereinstimmungen aufwiesen, ist die neue NPD-Fraktion des Jahres 2009 ideologisch deutlich homogener einzustufen und kann auf ein erheblich größeres Reservoir von Kommunalabgeordneten und ParteimitarbeiterInnen in ganz Sachsen aufbauen als in den Jahren zuvor.

Der erste, oberflächliche Blick auf das NPD-Wahlergebnis mag also zu dem Schluss führen, die NPD befinde sich auf dem absteigenden Ast. Aus Sicht des Kulturbüros Sachsen e.V. und anderer ExpertInnen für die sächsische Szene ist das Gegenteil der Fall: Nicht nur die NPD selbst ist besser verankert als jemals zuvor. In Sachsen sprießen neben der NPD noch eine Reihe nicht weniger gefährlicher, rechtspopulistischer Wählervereinigungen aus der offensichtlich fruchtbaren Erde und können zum Teil überraschend gut abschneiden. Ein Beispiel dafür ist das Wahlbündnis »Arbeit, Familie, Vaterland« (AFV) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche aus der Region Hoyerswerda. Es zog mit vier Abgeordneten in den Kreistag von Bautzen ein, obwohl es dort bereits eine NPD-Fraktion gab. Solche Wahlbündnisse werden trotz menschenfeindlicher und rassistischer Statements in der Öffentlichkeit oder Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht unter »Rechtsextremismus« aufgeführt und gezählt. Demzufolge ist es kein Wunder, dass die Zahlen rückläufig zu sein scheinen.

### *Die Subkultur »moderner Nazis« – »Freie Kräfte« und »Nationale Kameradschaften« in Sachsen*

Ein erhebliches und gewaltbereites rechtsextremes Personenpotenzial weist die sächsische Szene neonazistischer Kameradschaften auf. Überregional treten immer mehr dieser Kameradschaften unter dem Label »Freie Kräfte« oder auch

2 Vgl. hierzu Analysen des Redaktionskollektivs »Nazis im Parlament« unter: [www.nip.systemli.org/Article408.html](http://www.nip.systemli.org/Article408.html); [www.nip.systemli.org/](http://www.nip.systemli.org/) (Kreistagswahl 08) und [www.nip.systemli.org/Article536.html](http://www.nip.systemli.org/Article536.html) (Kommunalwahl 09); aufgefunden am 16. 10. 09.

3 Tim Spier, 2007, S. 102.

4 [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09); aufgefunden am 12. 10. 09.

»Autonome Nationalisten«<sup>5</sup> an. Lokal gibt es aber noch immer Identifikationsstrukturen zur Nachwuchsgewinnung rechtsaffiner Jugendlicher unter alten »Markenbezeichnungen«, wie »Schildauer Jungs« im Landkreis Leipzig, »Weißbacher Jungs« im Erzgebirge, »Nationaler Jugendblock Zittau e.V.« (NJB)<sup>6</sup> und »Boot Boys« in Görlitz. Ihre zunehmende Verankerung und ihr personeller Zuwachs, insbesondere im ländlichen Raum Sachsens, ist eine der Voraussetzungen für die kommunalpolitische Verankerung von Parteien und Wahlplattformen der »modernen Nazis« in Sachsen.<sup>7</sup> Dabei finden wir ein regional überproportionales Auftreten vor allem in Ostsachsen (hier bilden die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen und Görlitz rechtsextreme Hochburgen) und in Westsachsen (Orte wie Mittweida, Leisnig und Borna stehen hierfür symptomatisch). Regionen mit einer besonderen Dichte solcher extrem aktionsfähiger und gewalttätiger Netzwerke der »modernen Nazis« sind auch Regionen, in denen es überproportional viele Opfer rechter und rassistischer Gewalt gibt. Der Landkreis Görlitz weist aktuell die höchste Zahl von Übergriffen je 100 000 EinwohnerInnen (2008: 17,1 Übergriffe je 100 000 Einw.) auf. Auch im Landkreis Mittelsachsen (2008: 13,4 Übergriffe je 100 000 Einw.) und in den Großstädten Dresden (2008: 12,8 je 100 000 Einw.) und Leipzig (2008: 12,5 je 100 000 Einw.) ist die Zahl überproportional hoch.<sup>8</sup> Der Schwerpunkt der Aktivitäten rechtsextremer Kameradschaften hat sich somit in den letzten Jahren aus der noch immer für solche Aktivitäten berüchtigten Sächsischen Schweiz auch in andere sächsische Regionen und besonders in die Großstädte ausgeweitet.

Die »Freien Kräfte Sachsen« sind eine lose, aber informell und über die neuen Medien stark vernetzte Plattform. Diese Entwicklungen bestätigen die Einschätzung des Kulturbüros Sachsen, dass sich einerseits der Trend im militanten, am Nationalsozialismus orientierten Spektrum hin zu autonomen, kaum kontrollierbaren Organisationen entwickelt und andererseits der Politisierungsgrad subkultureller Gruppierungen und Kameradschaften – weg vom dumpfen Skinhead-Image hin zur autonomen Kameradschaft mit NS-Ideologie – in den vergangenen Jahren in Sachsen erheblich zugenommen hat.

Interessant ist, dass es im subkulturellen Bereich zwischen staatlichen und nichtsstaatlichen Akteuren in Sachsen erhebliche Unterschiede in der Bewertung und Erfassung rechtsextremer Organisationen gibt. So weist der sächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 lediglich 22 rechtsextreme Kame-

5 Kameradschaften mit der Eigenbezeichnung »Freie Kräfte« gibt es vor allem im Raum Mittelsachsen/Leipzig, u. a. in Delitzsch, Muldentalkreis/Wurzen, Leipzig, Borna, aber auch im Raum Dresden/Osterzgebirge.

6 Der NJB feierte im Jahr 2009 sein zehnjähriges Bestehen.

7 Neben den bereits erwähnten Parteien und Wahlbündnissen der »modernen Nazis«, wie NPD und AFV trat in Dresden ein kommunales Bündnis aus »Freien Kräften«, NPD und REPs unter dem Namen »Nationales Bündnis« zur Wahl an, in Chemnitz ein Bündnis aus REPs, »Freien Kräften« und NPD unter dem Namen »Pro Chemnitz«. In einigen Städten traten die REPs oder die Sächsische Volkspartei (SVP) eigenständig zu Kommunalwahlen an.

8 RAA Sachsen. 2009. Rechtsextrem und rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2008. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, S. 5.

radschaften (KS) aus, während die Statistik der Mobilen Beratungsteams auf 35 KS kommt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Kulturbüro seiner Statistik eine qualitative Auswertung rechtsextremer Aktivitäten in sächsischen Regionen zugrunde legt. Weisen etwa rechtsextreme Gruppierungen ein eigenes Selbstverständnis auf (Selbstbezeichnung, Aktivitäten unter einem Label), führen sie politische Aktionen durch (Demonstrationen, Infoabende, Gewalt- oder Propagandadelikte), betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit (Website oder Flugblattkampagnen, Zeitungen, E-Mail-Anschrift öffentlich erreichbar) und verfügen sie über Struktur und Rahmung einer Organisation (Zielvorgabe, Arbeitsteilung, Hierarchie, regelmäßige Treffen), dann werden sie von den Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen als aktive Kameradschaft gewertet. So kommt es, dass die vom sächsischen Innenministerium verbotene Kameradschaft »Sturm 34« in Mittweida wegen des Verbots nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auftaucht, während sie aufgrund ihrer ungebrochenen Aktivitäten vom Kulturbüro Sachsen e.V. nach wie vor als Kameradschaft erfasst wird.

### *Lokale Verankerung: Strategie »moderner Nazis«*

Der sächsische Rechtsextremismus speist sich aus beiden bisher dargestellten Quellen: erstens rechtsextremer Subkultur mit Kameradschaften und zweitens Parteistrukturen der NPD. Beide Flügel sind eng miteinander vernetzt und befördern sich gegenseitig. So investiert die NPD über ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) erhebliche finanzielle und personelle Mittel in die Betreuung rechtsextremer Jugendkulturen. Kameradschaften und »Freie Kräfte« wiederum unterstützen die NPD bei Wahlkämpfen und Veranstaltungen. In vielen ländlichen Regionen Sachsens fand – zumindest bei den Kommunalwahlen – beinahe ausschließlich ein NPD-Wahlkampf statt. Während die demokratischen Parteien mit Plakaten und Infotischen in der Fläche nicht oder nur wenig auftraten, war die NPD präsent. Etwa 80000 Wahlplakate will die sächsische NPD nach eigenen Angaben in ihrem Kommunal- und Landtagswahlkampf aufgehängt haben – mehr als die CDU. Ohne die aktive Mithilfe rechtsextremer Akteure aus dem subkulturellen Umfeld von Kameradschaften und freien Kräften wäre dieser flächendeckende Kommunalwahlkampf der NPD nicht möglich gewesen. Darüber hinaus stellte die NPD in allen Regionen aussichtsreiche Listenplätze für Akteure aus der Kameradschaftsszene zur Verfügung. Im Landkreis Nordsachsen trat sie sogar mit einer offenen Liste an, auf der eine Reihe namhafter Kameradschaftsaktivisten zur Wahl stand. Ergebnis dieser flächendeckenden Kooperation zwischen Subkultur und NPD und ihres engagierten Wahlkampfes in den ländlichen Regionen Sachsens sind 118 Kommunal- und Kreistagsmandate, FraktionsmitarbeiterInnen und Kreisverbandsstrukturen. Durch das gezielte Ausnutzen von Spielräumen in der Anwendung von parlamentarischen Verfahren (Geschäftsordnungen) konnte jedoch verhindert werden, dass die NPD in mehr als drei Kreis-

tagen Fraktionsstatus erhielt. Darüber hinaus gelang der NPD ihr Wiedereinzug in den sächsischen Landtag und ein vergleichsweise gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009.

Mit derzeit 13 Kreisverbänden, neun JN-Stützpunkten, acht Regionalbüros von NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag und dem »Deutsche Stimme«-Verlags- und Versandhaus in Riesa verfügt die sächsische NPD über eine flächenmäßig verankerte und handlungsfähige Infrastruktur, die zum überwiegenden Teil aus Steuermitteln finanziert wird.<sup>9</sup> Schließlich hat die NPD durch die Förderung des parteinahen »Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität«, das nach dem Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag jetzt auf rund 100 000 Euro aus sächsischen Steuermitteln rechnen kann<sup>10</sup>, noch zusätzliche Mittel zur Verfügung. Schulungen ihrer Abgeordneten in den Kreistagen, z.B. über die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD, scheinen finanziell gesichert zu sein. Da sich viele NPD-Abgeordnete derzeit nicht durch spürbare Sach- und Fachkompetenz oder politische Gewandtheit auszeichnen<sup>11</sup>, sind hier wohl einige Anstrengungen dieser Art nötig. Dies lässt für die kommenden Jahre eine Verbesserung der individuellen Fähigkeiten des NPD-Personals befürchten.

### *Kritische Anmerkungen zu quantitativen Zahlenerhebungen*

Die Gesamtzahl der Anhänger rechtsextremistischer Parteien und Organisationen im Freistaat Sachsen beziffert der Verfassungsschutz im Jahr 2008 auf zirka 2 800 Personen und damit rückläufig. Vergleicht man diese Zahlen mit denen anderer Bundesländer, nimmt der Freistaat unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl mit 75 Rechtsextremisten pro 100 000 Einwohner bei einem Bundesdurchschnitt von 47 noch immer eine der drei Spitzenpositionen beim Mitglieder- und Anhängerpotenzial »moderner Nazis« ein. Allerdings fällt auf, dass bei solchen Zählweisen des Verfassungsschutzes nur auf einen harten Kern einer ordnungsstaatlich als extrem rechts eingestuftem Szene abgestellt wird, die eigentlichen Potenziale und Gefährdungslagen für das Alltagsleben dabei aber aus dem Blick geraten. So ordnen sich etwa 17 Prozent der sächsischen Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren in einer Befragung des Leipziger Marktforschungsinstituts rechts von der politischen

9 Rund 13 Millionen Euro stehen der NPD in Sachsen, ihren Abgeordneten und der Fraktion im sächsischen Landtag aus Steuermitteln in den kommenden fünf Jahren zu. Erstmals in der Geschichte der BRD kann damit eine extrem rechte Partei ihre verfassungsfeindliche Arbeit auf der Grundlage einer flächendeckenden Präsenz in den Kommunen und Kreisen und einer soliden staatlichen Finanzierung fortführen, errechneten das sächsische Bündnis 90/Die Grünen. Die Wahlerfolge der NPD bei den Kreistags-, Kommunal- und Landtagswahlen machten die Partei zu einer gut vernetzten Partei, die sich in Sachsen kulturell und wirtschaftlich festgesetzt hat und durch die Wiederwahl in den sächsischen Landtag finanziell auf Jahre gesichert ist. (Quelle: <http://npd-blog.info/2009/09/14/sachsen-mpd-bekommt-13-millionen-euro-steuergeld/>, aufgefunden am 12. 10. 2009).

10 Vgl. »Sächsische Zeitung«, v. 2. 9. 2009 <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2250612> (aufgefunden am 10. 10. 2009).

11 Vgl. hierzu Petra Schickert: Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten, in: Moltenhagen/Korgel: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. 2008, S. 225.

Mitte ein.<sup>12</sup> Verschiedene Studien kommen zu einem Anteil rechtsextrem eingestellter Menschen in Sachsen, der deutlich über zehn Prozent liegt.<sup>13</sup>

Insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen, die auch zu Gewalt gegen MigrantInnen führen können, sind in weiten Bevölkerungsschichten Sachsens sehr stark verbreitet.<sup>14</sup> Würde man das breite Reservoir von SympathisantInnen »moderner Nazis« in Sachsen nicht zur Kenntnis nehmen und nur die Zahlen des Verfassungsschutzes als Grundlage zu Rate ziehen, ergäbe sich eine ganze Reihe von Fragen: Wie können so wenige und weniger werdende Akteure solche Wahlkämpfe für die NPD führen, die in manchen Landkreisen als einzige Partei spürbaren Kommunalwahlkampf machte? Wie ist es möglich, dass es in manchen sächsischen Regionen Alltagssituationen gibt, die sich ohne Umstände als »Angsträume« bzw. »No Go Areas« bezeichnen lassen? In solchen Angsträumen liegt die Ordnungsgewalt bei extrem gewaltbereiten neonazistischen Gangs, während Kommunalverwaltung und Polizei zum Teil nicht mehr in der Lage oder nicht Willens sind, die demokratischen Grundrechte für alle BürgerInnen zu gewährleisten. Ist es hinnehmbar, dass Menschen, die sich in einem menschenfeindlichen und rassistischen Mainstream nicht assimilieren wollen, einem gesellschaftlichen Mobbing ausgesetzt sind, das Psyche und Gesundheit nachhaltig angreift? Was bedeutet es, wenn Angehörige oder Akteure der »modernen Nazis« sich als anerkannter Teil von Gemeinwesen fühlen und aufführen können, sei es als geachtetes mittelständisches Unternehmen<sup>15</sup>, Ordnergruppe bei Faschingsveranstaltungen<sup>16</sup>, aktiver Fußballer<sup>17</sup>, Mitglied (Leiter der »AG Klettern in der NPD«) im sächsischen Bergsteigerbund<sup>18</sup>, Vorsitzender eines Heimatvereins, Erzieherin im kommunalen Kindergarten, Vorstandsmitglied eines evangelischen Schulfördervereins<sup>19</sup>, aktives Mitglied einer Kirchgemeinde, etc.

12 Sächsisches Staatsministerium für Soziales, 2008, S. 137.

13 Vgl. u. a.: Stöss, 2005, S. 66 ff.

14 Vgl. u. a.: Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer, 2007, S. 106 ff.; Nattke. 2008. S. 106 ff.

15 So war der stellv. Fraktionsvorsitzende des sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Uwe Leichsenring, bis zu seinem Unfalltod 2007 Inhaber einer florierenden Fahrschule, ist der NPD- Gemeinde- und -Kreisrat Michael Jacobi lokal hochanerkannter Klempnermeister.

16 Die Kameradschaft Oberlausitz e.V. wurde über Jahre hinweg vom Faschingsverein Seifhennersdorf als Ordnungsgruppe eingesetzt und konnte in eigener Regie Events für die gesamte Gemeinde, wie Oster- oder Walpurgisfeuer organisieren.

17 So wurde der Stammtorhüter der ersten Fußballmannschaft des ATSV Frischauf Wurzen, Matthias Möbius, im Juni 2009 mit 188 Stimmen für die NPD in den Wurzener Stadtrat gewählt. Ein Ausschluss von Möbius aus dem Verein komme nicht infrage, da die NPD nicht verboten sei und der Verein eine rechtliche Auseinandersetzung mit der NPD fürchte. Das Dilemma des Vereins führt Präsident Neustadt auf eigene Unwissenheit zurück. Er habe bis zum Wahlabend nicht gewusst, dass Möbius für die NPD kandidiert, obwohl bekannt gewesen sei, dass er mit der NPD sympathisiere. Auch sei Neustadt nicht bekannt gewesen, dass Möbius vor vier Jahren schon einmal ein Stadtratsmandat auf der Liste der NPD erreicht hatte.; vgl. <http://www.chronikle.org:3015/ereignis/torhueter-wurzner-fussballvereins-atsv-frischauf-zieht-npd-stadtrat>; aufgefunden am 19. 10. 2009.

18 Steffen Konkol leitet die AG Klettern in der NPD, ist NPD-Gemeinderat in Rathmannsdorf und warb im Kommunalwahlkampf mit Kletterseil über der Schulter und den Worten »Einen von uns wählen«.

19 So ist der Gründer des rechtspopulistischen Wahlbündnisses »Arbeit, Familie, Vaterland« und Direktkan-

Wenn sich der Trend innerhalb der modernen Nazi-Szene von der Organisation in Partei- und Vorfeldstrukturen weg und hin zu einer stärkeren Einbringung in parteiunabhängige Netzwerke und Strukturen entwickelt, die im Übrigen kaum noch zu observieren, geschweige denn ernsthaft zu zählen sind, müssen andere Phänomene als die üblichen, nämlich Wahlergebnisse, Mitgliederzahlen, Gewaltdelikte, in den Mittelpunkt der Betrachtung genommen werden.

### *Rechtsextreme Vertriebsstrukturen und Rechtsrock-Konzerte*

Eine zentrale Rolle im Bereich organisierten Rechtsextremismus spielen im ländlichen Bereich Sachsens die Vertriebsstrukturen für rechtsextremistische Musik, Bekleidung und Fanzines. Bundesweit sind diese im Freistaat am stärksten ausgeprägt und genießen zum Teil überregionale Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass die Erlöse solcher mittelständischen Strukturen zumindest teilweise in die rechtsextreme Szene zurückfließen und damit politische Aktionen und Veranstaltungen finanziert werden. Mit insgesamt 47 geplanten Rechtsrock-Konzerten im Jahr 2008 steht die sächsische rechtsextreme Musikszene bundesweit an der Spitze. Antifaschistische Initiativen zählten mindestens 376 neonazistische Veranstaltungen und Aktionen in Sachsen.<sup>20</sup> Dies bedeutet, dass in Sachsen statistisch gesehen kein Wochenende ohne ein Konzert und kein Tag ohne eine Aktion oder Veranstaltung von Neonazis vergehen. Da die Konzerte überwiegend auf privatem Gelände stattfanden, konnten lediglich drei dieser Veranstaltungen von der sächsischen Polizei verhindert werden. Hauptveranstaltungsorte für Rechtsrock-Konzerte in Sachsen sind Dresden, Gehege im Landkreis Görlitz, Schildau im Landkreis Nordsachsen und Wurzen im Landkreis Leipzig-Land. Die durchschnittliche Teilnehmendenzahl solcher Konzerte betrug im Jahre 2008 185 Personen.<sup>21</sup> Auch die Zahlen sächsischer Internetseiten mit rassistischen und menschenfeindlichen Inhalten stiegen in den vergangenen Jahren stark.<sup>22</sup> Besonders wichtig sind dabei u. a. die in Westsachsen wirkende Struktur freier, nationalsozialistischer Kameradschaften<sup>23</sup>, das in Ostsachsen agierende Netzwerk »lausitzinfos«<sup>24</sup>, das im Großraum Dresden/Freiberg agierende »Netzwerk Mitte«<sup>25</sup> sowie das strukturübergreifende Netzwerk »Altermedia«<sup>26</sup>.

didat im Wahlkreis Hoyerswerda für den sächsischen Landtag, Henry Nitzsche, Vorsitzender des Schulträgervereins der evangelischen Mittelschule seiner Heimatgemeinde Oßling bei Kamenz. Vgl. dazu auch »Rechtspopulisten auf Sachsentour«, Informationsblatt in der Reihe »Rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum« des Kulturbüros Sachsen e.V., downloadbar unter: [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de).

20 Vgl. Alias-Pressemitteilung vom 6. 3. 2009.

21 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2008.

22 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2006 (derzeit keine neueren Daten verfügbar).

23 Im Internet unter <http://www.freies-netz.com/aktiv>.

24 Erreichbar unter <http://www.lausitz-infos.net> (aufgefunden am 17. 3. 2008).

25 Erreichbar unter: <http://netzwerkmitte.com/>

26 Die bundesweite Nachrichtenplattform »moderner Nazis« ist unter: <http://de.altermedia.info/> erreichbar.

## *Rechte und menschenfeindliche Gewalttaten*

Bereits die polizeiliche Kriminalstatistik 2008 (PKS) zeugt von einem hohen Niveau rechter, menschenfeindlicher Gewalt in Sachsen. So stiegen die rechtsextremistischen Straftaten, die das LKA im Rahmen der »politisch motivierten Kriminalität rechts« erfasst<sup>27</sup>, im Vergleich zum Vorjahr von 2 154 erheblich auf 2 425 Delikte, davon 126 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (2006: 78; 2007: 90).

Allerdings sprechen die Statistiken der Beratung für Betroffene rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e.V. einmal mehr eine andere Sprache: Nach Erkenntnissen zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen liegt die tatsächliche Zahl rechtsextremer Übergriffe erheblich über den Zahlen der staatlichen Ermittlungsbehörden. Während die PKS nur Fälle erfassen kann, in denen eine Strafanzeige erfolgte, betreuen die Beratungsstellen auch Betroffene, die – etwa aus Angst vor Repressionen durch Neonazis oder aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Polizei – keine Anzeige erstatten. Die BeraterInnen erlangten im Jahre 2008 Kenntnis von insgesamt 402 Gewalttaten (2007: 339).<sup>28</sup> Dies bedeutet, dass im Freistaat jeden Tag rechtsextreme Gewalttaten verübt wurden. Dabei handelt es sich ausschließlich um Körperverletzungen, Nötigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen sowie Sachbeschädigungen, mit denen zielgerichtet Personen getroffen werden sollten. Beraten wurden vorwiegend zwei Opfergruppen: junge Menschen, die von den Tätern als nicht rechts wahrgenommen werden, sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die aus rassistischen Motiven angegriffen werden.

Schwerpunktregionen menschenfeindlicher und rechter Gewalt sind die Landkreise Görlitz, Mittelsachsen und die beiden Großstädte Dresden und Leipzig. Obwohl der Schwerpunkt auf der Sächsischen Schweiz und Mittweida als Gebieten mit besonders fest verankerten und entwickelten Neonazi-Strukturen und -Netzwerken liegt, haben sich die reellen Schwerpunkte medialer Wahrnehmung der »modernen Nazis« in Sachsen noch immer fast ausschließlich in den letzten beiden Jahren immer mehr in die Großstädte und insgesamt in die Fläche verlagert. Dies bedeutet augenscheinlich, dass auch die Konzepte und Gegenstrategien sowohl für ländliche Regionen als auch für urbane Gebiete konzipiert werden müssen. An dieser Stelle soll es jedoch hauptsächlich um Strategien aus Sicht des Kulturbüros Sachsen als Träger der »Mobilen Beratung für Demokratie gegen Rechtsextremismus in Sachsen« für die ländlichen Regionen gehen.

27 Die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) wird von den Polizeien der einzelnen Länder erfasst, vom Bundeskriminalamt zusammengefasst und schließlich im Verfassungsschutzbericht des Bundes veröffentlicht.

28 Vgl.: Jahresstatistik 2008 der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt der RAA Sachsen vom 22. 2. 2008, [http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik\\_sachsen\\_2008.pdf](http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_sachsen_2008.pdf) (aufgefunden am 7. 10. 2009).



## *Shrinking Communities – die Abkoppelung ländlicher Räume und ihre Folgen für die lokale zivilgesellschaftliche Arbeit gegen »moderne Nazis«*

Ein Hauptmerkmal der vorfindbaren Situation in den Gemeinden und Kleinstädten der sächsischen Peripherie ist der Mangel an sozialer und kultureller Infrastruktur. In vielen Dörfern wurden in den vergangenen Jahren aus Mangel an SchülerInnen und innovativen Ideen Schulen geschlossen. Kindereinrichtungen, Jugendclubs, Vereinshäuser fehlen ebenso und verursachen einen Mangel an öffentlichen Kommunikationsräumen. Durch den strukturellen Mangel an Verkehrsinfrastruktur und Anbindung an öffentlichen Personennahverkehr – in manchen Dörfern kommt der Bus nur noch extrem selten – ergibt sich zusätzlich eine eingeschränkte Mobilität großer Teile der Bevölkerung, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen ohne Pkw.

Die vielfältigen Brüche der letzten Jahrzehnte: Kollektivierung der Landwirtschaft, Urbanisierung und Industrialisierung während der DDR-Zeit und – mit den Transformationsprozessen nach der deutsch-deutschen Vereinigung einhergehend – Reprivatisierung der Landwirtschaft, Industrieabbau und Abkoppelung von den urbanen Zentren schlagen in den ländlichen Regionen mehrfach und mit großer Dynamik zu Buche. Arbeits- und Perspektivlosigkeit sind die Folgen dieser Entwicklung und verursachen bei vielen Menschen Verunsicherung. Um solche Verunsicherungen zu kompensieren, kommt es oft zu einem Rückgriff auf scheinbar sichere Identitäten, wie z. B. Herkunft, Nationalität, Hautfarbe oder Geschlecht. Aus einer Überbetonung solcher Eigenschaften kann die Reaktivierung fester Familienstrukturen, aber auch eine fremdenfeindliche Dorfgemeinschaft resultieren.

Solche homogenen Dorfgemeinschaften lassen kaum Raum für kulturelle Vielfalt, weder im Jugend- noch im Erwachsenenbereich. Häufig finden wir in unseren Beratungsprozessen keinen oder lediglich einen, meist von rechtsaffinen Jugendlichen dominierten Jugendclub. Gibt es eine Dominanz rechtsaffiner oder gar neonazistischer Akteure im Jugendbereich, ziehen sich nicht-rechte Jugendliche in den privaten Bereich zurück oder verlassen so bald wie möglich ihren Heimatort. Die Abwanderung insbesondere von gut ausgebildeten, mobilen jungen Menschen hinterlässt die weniger mobilen im Ort und ruft einen Mangel an demokratischen Akteuren hervor, denen in vielen Fällen dann die Sensibilität fehlt, offensichtliche Aktivitäten »moderner Nazis« auch als solche zu erkennen und entsprechend zu handeln.

*Beispiel:* Auf dem Friedhof einer Gemeinde in der Sächsischen Schweiz fanden sich zur Beisetzung eines jungen Mannes zirka 300 Trauergäste, die junge Witwe, Familienangehörige, Freunde und Bekannte, ein. 150 Trauergäste konnten aufgrund ihrer einheitlichen Kleidung und ihres martialischen Auftretens in geordneten Gruppen unschwer als Nazis aus dem Umfeld der verbotenen SSS identifiziert werden. Sie waren aus verschiedenen Orten Sachsens angereist und trugen gemeinsam »einen der ihren zu Grabe«. Zu Beginn der Trauerfeier spielte ein

Freund der Familie auf der Gitarre das Lieblingslied des Verstorbenen, »Scheinheilige Brüder« der Rechtsrock-Band »Sturmwehr«. Nach der Trauerrede gaben die Anwesenden dem Toten das letzte Geleit. Am Grab erklang schließlich der »Böhse Onkelz«-Titel »Nur die besten sterben jung« vom Band.

Gespräche am Rande des Friedhofs machten deutlich, dass kaum eine/r der Anwesenden an der Situation Anstoß nahm: »In ihrem Ort hätte die NPD kein hässliches Gesicht. Die sich zu dieser Partei Bekennenden sind nett, leisten gute Arbeit und setzen sich für den Ort ein.« Einheimische hatten bisher nichts Auffälliges an dem jungen Mann wahrgenommen. Vielmehr gingen sie davon aus, dass seine Frau, die früher eine nach außen sichtbare Nähe zur rechtsextremen Szene zeigte, durch die Beziehung, den Zuzug des Mannes in den Ort und die Hochzeit, den Kontakt zur Szene abgebrochen hatte.

Die nicht vorhandene wahrhaftige und persönliche Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus während der DDR<sup>29</sup> führt heute dazu, dass in Dorfgemeinschaften mit meist nach außen hin intakten Familienstrukturen Ideologiefragmente des geschichtlichen Nationalsozialismus, vertreten und verkörpert durch die Großelterngeneration, an die Kinder und Enkel weitergegeben werden und sich mit Argumenten der »Neuen Rechten« mischen. Erinnerungskulturen, die nach dem Motto »Opa war kein Nazi« dem Leid deutscher Kriegsoffer mehr Gewicht einräumen als historischen Tatsachen, wie der deutschen Kriegsschuld, den zahlreichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder dem Holocaust, reproduzieren einen übersteigerten spezifisch deutschen Nationalismus. Völkische Traditionsbestände von neuheidnisch/ germanischem Brauchtum bis zu rassistischen Vorstellungen von (Dorf-)Gemeinschaft beherrschen an vielen Orten das gesellschaftliche Mikroklima und machen es MigrantInnen oder Andersdenkenden schwer, selbstbestimmte Lebensentwürfe zu verwirklichen. Menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der gesellschaftlichen Mitte und sind – zu-

29 Der offiziellen Staatsideologie zufolge war die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat unter verfassungsmäßig verfügbarer Führung der kommunistischen Partei. Somit verstand sich die DDR als legitimer Nachfolger des antifaschistischen Widerstandes gegen den geschichtlichen Nationalsozialismus. Eine Auseinandersetzung mit den rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Tendenzen ihrer Bevölkerung fand nicht statt. Ebenso wenig eine Aufarbeitung der Verstrickungen vieler Menschen mit dem NS-Staat und seiner Verfolgung von Juden, Sinti und Roma sowie anderen Menschen. In der DDR war stattdessen die Faschismustheorie des bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff Staats- und Schultheorie. »Faschismus« sei, so definierte dieser, »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Der Faschismus wurde im materialistischen Verständnis gesetzmäßiger geschichtlicher Entwicklungen als Kampfinstrument gegen die weltweit im Aufstreben begriffene Arbeiterbewegung und Mittel des Imperialismus zur Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion gedeutet. Noch heute ist diese Vorstellung in Ostdeutschland verbreitet und erschwert einen Blick auf die »modernen Nazis« von heute und die Erfolge der NPD, der auch kulturelle und sozialisationstheoretische Erklärungen einbezieht. Die Tradierung völkischer Mentalitätsbestände und menschenfeindlicher Einstellungen in Familien und Freundeskreisen kann durch diese Theorie weder erklärt noch adäquate Handlungsideen abgeleitet werden. Kritiker bezeichnen die Dimitroff-These, ihrer monokausal-ökonomistischen Erklärung wegen, als Verschwörungstheorie.

mindest in Teilen – anerkannt und unwidersprochen. Dass das Problem als eines von Jugend und Delinquenz an den gesellschaftlichen Rand bzw. in den Extremismus projiziert wird, ist vielfach erlebbare Realität in ländlichen Kommunen in Sachsen<sup>30</sup>.

Die infrastrukturelle Abkoppelung von den urbanen Zentren führt bei den BewohnerInnen ländlicher Regionen zu weiten Wegen sowohl zu Arbeitsstellen, Behörden, sowie Schulen und anderen Bildungs- bzw. Kultureinrichtungen. Insbesondere die weiten Schul- und Arbeitswege verändern die soziokulturelle Situation in den Dörfern und Gemeinden nachhaltig, sind doch Freizeitangebote, zu denen auch zivilgesellschaftliche Initiativen, Sportvereine, Bildungs- und Kulturveranstaltungen zählen, nur noch unter erheblich höheren persönlichen Belastungen wahrnehmbar. SchülerInnen können ihre Schule oder auch den Ort ihrer Berufsausbildung kaum noch in ihrem Wohnumfeld finden. So wächst die Diskrepanz zwischen den in der Schule oder durch Schulprojekte vermittelten Inhalten und deren konkreter Anwendung im Lebensumfeld. Ein zentrales Hindernis, das es Jugendlichen im ländlichen Raum regelmäßig unmöglich macht, an für sie interessanten Veranstaltungen teilzunehmen, ist die unzureichende Erreichbarkeit der Angebote durch fehlende Mobilität.

### *Aktuelle Herausforderungen für kommunale Beratungsprozesse für Demokratie gegen »moderne Nazis«*

Das Hauptproblem der kommunalen Arbeit für Demokratie ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die fehlende Unabhängigkeit solchen Engagements von den kommunalen Strukturen.<sup>31</sup> Wenn es richtig ist, dass ein Hauptmerkmal ländlicher Regionen die engen Beziehungen der Menschen untereinander sind, so führt dies zu einem hohen Maß gegenseitiger Kontrolle und damit zu einem erhöhten Sanktionspotenzial gegenüber dissidentem Verhalten. Das bedeutet, nicht die inhaltliche Qualität von Maßnahmen und Ansätzen entscheidet im ländlichen Kontext über deren Umsetzung, sondern die Anerkennung solcher Maßnahmen und Akteure im lokalen Gemeinwesen. Die Anerkennung steigt, wenn sich lokale Meinungsführer und insbesondere die Kommunalverwaltungen und BürgermeisterInnen hinter die Aktivitäten stellen und sich deutlich gegen »moderne Nazis« artikulieren. Projekte und Akteure müssen also in der Lage und Willens sein, ansprechbare lokale MeinungsführerInnen zu erreichen und zu gewinnen. Dies erfordert eine ergebnisoffene Kontaktaufnahme zu lokalen MeinungsführerInnen in Politik, Kirche, Schule, Jugendsozialarbeit, Vereinen, Institutionen, Wirtschaftsunternehmen sowie Einzelpersonen und die Bereitschaft zu gemeinsamer Situationsanalyse und gemeinsamem Problemaufriss.

30 Franziska Mogelin: Rechter Konsens in Mügeln, in: Antifaschistisches Infoblatt, (AIB), 2009, Nr. 83, S. 28 ff.

31 Liebscher/Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie, Kurzzusammenfassung, S. 2; Studie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, verantwortlich MdB M. Lazar, 2007.

Eine Ressourcenquelle zivilgesellschaftlicher Arbeit für Demokratie gegen »moderne Nazis« ist, dass sie – anders als staatliche Behörden – jenseits der ordnungsrechtlichen Perspektive noch weitere Interventions- und Handlungsmöglichkeiten hat. Dies betrifft insbesondere den präventiven Bereich, d. h. zivilgesellschaftliche Arbeit setzt weit vor straffälligem Verhalten an und hat auch nicht die Vermeidung von Straffälligkeit zum Ziel. Zivilgesellschaftliches Handeln bietet eine Vielfalt von Optionen und Handlungsmöglichkeiten, die die ganze Breite rechtsstaatlichen Handelns bis an deren Grenzen auslotet. Dazu zählen beispielsweise auch Aktionsformen wie Demonstrationen, Blockaden und Boykotte. Letztere Handlungsmöglichkeiten bedürfen jedoch eines Ineinandergreifens von staatlichem und nichtstaatlichem Handeln, denn ohne die Bereitschaft der ordnungsstaatlichen Institutionen, ein solch grenzwertiges Handeln zu ermöglichen, wird es kaum Wirkung entfalten können. Was als staatliches Handeln eine inakzeptable Überschreitung der Grenzen wäre, die Behörden gesetzlich auferlegt sind, kann als zivilgesellschaftliches Handeln modellhaft und sinnvoll sein.<sup>32</sup> Dies setzt allerdings einen Perspektivwechsel voraus, der den Blick auf die lokalen Hegemonieverhältnisse und Diskurse lenkt. Öffentlicher Protest und damit Druck gegen Aktivitäten »moderner Nazis« bewirkt meist nicht unmittelbar ein Umdenken lokaler Akteure (KneipenbetreiberInnen, Jugendvereine, ImmobilienvermieterInnen etc.). Sie erzeugen jedoch eine öffentliche Auseinandersetzung, die langfristig den Mehrheitsdiskurs verändern kann.

### *Exkurs: Wie der Extremismuskurs sowohl zivilgesellschaftliches Handeln als auch politische Bildung ausbremst*

Menschenfeindliche und nationalsozialistische Ideologiefragmente werden, ganz besonders in Sachsen, häufig nicht in der gesellschaftlichen Mitte und deren Öffentlichkeit verhandelt und kritisiert. Stattdessen wird vielerorts – teilweise auch innerhalb von Initiativen gegen »moderne Nazis« – so getan, als könnten solche Überzeugungen klar von der politischen Normalität der vielzitierten Mitte abgegrenzt und somit abgelehnt werden. Im Sinne der Vorstellungen der Extremismustheorie wird eine gute, demokratische Mitte von ihren äußeren Rändern bedroht. Dies führt u. a. dazu, dass das Neonazi-Problem in Sachsen nicht klar als solches benannt wird, sondern stets von einer vermeintlichen Bedrohung der »Extremisten von rechts und links« die Rede ist.<sup>33</sup> Die Extremismustheorie wurde ursprünglich für Straf- und Verfolgungsbehörden entwickelt, wird aber fälschlicherweise oft auch für die Darstellung sozialer Wirklichkeit verwendet. Mit vielen lokalen Akteuren in staatlichen Institutionen können sich zivilgesellschaftliche Initiativen für Demokratie gegen »moderne Nazis« vielleicht noch darauf einigen, dass die NPD und ihr starkes Auftreten ein Problem darstellt. Bei den Begründungen der Prob-

32 Vgl. ebenda S. 4.

33 Vgl. u. a. Koalitionsvertrag der CDU und FDP in Sachsen. 2009. S. 50.

lemlage werden aber bereits die Diskrepanzen deutlich. Oft sind es Imageprobleme, Investitionshemmnisse, ein Ausbleiben von Touristen oder ärgerliche Hindernisse im politischen Tagesgeschäft, die »moderne Nazis« in den Augen staatlicher Akteure zu einem Problem werden lassen. Dass bereits das Vorhandensein eines rassistischen Einstellungspotenzials in der Bevölkerung ein Gefährdungsreservoir für viele gesellschaftliche Gruppen darstellt, wird dabei oft übersehen. Ein – besonders in linken Kreisen diskutiertes – NPD-Verbot kann leider auch zur Folge haben, dass sich solche Gut-Böse-Vorstellungen im nationalen Diskurs verfestigen. So richtig der kritische Diskurs über Steuermittel und Ressourcen des demokratischen Staates für »moderne Nazis« wie die NPD ist, so wenig hilfreich sind Debatten, die den Kern des Problems, die Andockfähigkeit neu-rechter Ideologie an die Einstellungen und Diskurse der Mehrheitsgesellschaft, verdrängen.

Alltagsrassistische Aggressionen und Angriffe gegen MigrantInnen wie die Ausschreitungen gegen Nicht-Deutsche in Taucha 2009<sup>34</sup>, gegen eine von Indern betriebene Pizzeria im Mügeln im Jahr 2007<sup>35</sup> oder gegen Andersdenkende gerichtete völkische Gemeinschaftsvorstellungen wie die pogromartigen Ausschreitungen gegen alternative Jugendliche im Mügeln im Jahr 2009<sup>36</sup> geraten so aus dem Fokus der Problembetrachtung. Sie werden, nicht nur in Mügeln, in einem Akt schon fast klassischer Opfer-Täter-Umkehr den Opfern solcher Gewalttaten selbst angelastet, weil deren unangepasstes Verhalten oder ihre »Andersartigkeit« legitimer Grund für Gewalt und Bedrohung sei<sup>37</sup>. Alternative, dem gesellschaftlichem Mainstream widersprechende Lebensformen erhalten vor allem im ländlichen Raum wenig bis keine Akzeptanz und werden somit als außerhalb der selbstdefinierten Mitte angesehen. Junge Menschen, die sich gegen neonazistische Strukturen in Form von antifaschistischen Initiativen organisieren, werden in der Logik der Extremismustheorie mit den Neonazis als linke Ausprägung eines Kontinuums gleichgesetzt. Damit sind sie Sanktionen und staatlicher Repression ausgesetzt. Die monokulturelle Alternativlosigkeit, die in der ländlichen Jugendarbeit eine wesentliche Ursache des Erfolges »moderner Nazis« ist, wird durch die Wirkung der Extremismusthese verfestigt.<sup>38</sup> Besonders Heranwachsenden mangelt es im Dorf- oder Kleinstadtleben an attraktiven, selbstorganisierten Angeboten und Freiräumen, jenseits rechtsaffiner oder nationalsozialistischer Jugendkultur.

34 Vgl. u. a.: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/hetzjagd-nach-stadtfest-1/>.

35 Vgl. u. a.: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/muegeln/>.

36 Vgl. u. a.: [http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&catid=1%3Aneueigkeiten&id=881%3Apresemitteilung&Itemid=32&option=com\\_content](http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&catid=1%3Aneueigkeiten&id=881%3Apresemitteilung&Itemid=32&option=com_content).

37 Vgl. u. a.: [http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&id=819&format=pdf&Itemid=32&option=com\\_content](http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&id=819&format=pdf&Itemid=32&option=com_content).

38 Vgl. Liebscher/Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie, Kurzzusammenfassung, S. 2; Studie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, verantwortlich MdB M. Lazar, S. 4, 2007.